

Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Wenzelrwall 9. — Telefon A 8538.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
ohne Postgebühr.

Abonnements-Bestellungen nimmt jede
Postanstalt entgegen.

Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ
gratis.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.
Wenzelrwall 9.

Bestellungen für direkte Zusendung,
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle
zu richten.

Redaktionschluss:
Montag-Mittag.

Nr. 21.

Köln, den 18. Oktober 1913.

10. Jahrgang.

Bist Du mit dabei?

Der Herbst ist ins Land gezogen. Die einen freuen sich, die andern leben ihn nicht gern. Die Randleute leben ihn gern, bringt er ihnen doch nach der schweren Sommerarbeit gefüllte Keller und Scheunen. Nicht gern sehen ihn die „gewerbsmäßigen“ Bewohner der Landstraße. Denn die Nächte werden länger und kälter und das Freiquartier bei „Mutter Grün“ wird ein immer zweifelhafteres Vergnügen. Unsere Kollegen und Kolleginnen leben den Herbst gern, bringt er doch nach der stillen, toten Zeit, in der Regel eine lebhaftere Saison und damit Arbeit und Verdienst. Mancher, der nach Pfingsten manches Stück Deutschland durchlaufen hat, ohne eine Stelle zu finden, kommt jetzt leichter unter. Die Konjunktur ist also im Herbst für unseren Beruf nicht die schlechteste.

In Zeiten guter Konjunktur kann die Werbearbeit für unseren Verband aber viel erfolgreicher betrieben werden wie sonst, wenn man nur will und die nötige Ausdauer an den Tag legt. Ohne ernsthaftes Wollen und eiserne Ausdauer ist alle Arbeit umsonst. Ganz besonders aber jetzt am Beginn unserer Herbst- und Winteragitation müssen wir mit festem Willen und unermüdbarer Ausdauer arbeiten, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Sollen auf der ganzen Linie in allen Zahlstellen unseres Verbandes agitatorische Erfolge erzielt werden, dann dürfen zwei wichtige Momente nicht außer Betracht bleiben. Das sind diese:

1. Nicht ziel- und planlos drauf los agitieren, sondern nach einem gut durchdachten Plan systematisch und energisch vorgehen.

2. Alles tun, um die Neugewonnenen und schon vorhandenen Mitglieder zu festigen und zu selbstbewussten, operierenden Gewerkschaftlern heranzubilden.

Alle Geschäfte, wird mancher beim Lesen dieser Vorkämpfe lachen. Stimmt, trotzdem sind sie richtig. Das nicht überall nach diesen Richtlinien gearbeitet wird, muß das erst im einzelnen bewiesen werden? Wir glauben nicht, die Tatsache ist zu offenkundig. Außerordentlich ist der Wechsel in den Zahlstellenvorständen und im Vertrauensmännerapparat so groß, daß schon im Interesse dieser neuen Kollegen solche Fragen besprochen werden müssen. Wo sollen sie es sonst hernehmen? Von den Alten? Das ginge schon, wenn unter den Alten nur nicht so mancher wäre, der das gewerkschaftliche Einmaleins vergessen hätte.

Also Hand aufs Herz, ihr Zahlstellenvorstände: was habt ihr getan zur Einleitung der Herbst- und Winteragitation?

1. Wieviel Adressen von Unorganisierten habt ihr gesammelt?

2. Was gedenkt ihr zur Gewinnung der Arbeiterinnen zu tun?

3. Wie sieht es mit der Jugend?

4. Wer und wieviele aus eurer Zahlstelle sollen Hausagitation betreiben?

5. Wann soll es das erste, zweite und dritte mal auf Hausagitation gehen?

Sind diese Fragen entschieden, dann fleißig an die Arbeit. Falls es noch Zahlstellen gibt, die sich noch im Stadium der Ermüdigung befinden, dann ist es die allerhöchste Zeit, vorkommende Fragen umgehend, und zwar innerhalb der nächsten Woche zu lösen. Sonst könnte es euch passieren, daß ihr leer heimkommt, d. h. keine Erfolge habt.

„Zahlstellenvorstände, entschließt euch: Auf zur Tat!“

Wollt ihr ewig lässig sitzen?

Rühtig ohne festen Mut?

Führt den Keim und laßt ihn reifen.

Der euch in der Seele ruht!

Die neugewonnenen Mitglieder sind zu schulen und zu Gewerkschaftlern heranzubilden. Gewiß, aber wie und wo? In den Versammlungen natürlich! Jede Zahlstelle sollte ein festes Winterprogramm aufstellen. Es ist die allerhöchste Zeit dazu; säumt keine Woche

mehr, sonst ist der Winter nun und ihr habt nichts geleistet.

Die Bezirksleitungen werden gern mit Mut und Tat zur Seite stehen. Die Rednertrage ist in Verbindung mit den Kartellen zu lösen. Vor allen Dingen aber sollten Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder bestrebt sein und alles daran setzen, die Mitglieder in die Versammlungen zu bringen. Das geprüfene Wort faßt den Menschen viel höher als das geschriebene. Tut darum alles, um die Kollegen in die Versammlungen zu bringen; lücht die Säumigen kurz vor der Versammlung persönlich auf und nehmt sie mit. Zahlstellen, die auch in dieser Beziehung prompt arbeiten, werden sehr bald merken, wie die Affluenz nachläßt und der Mitgliederstand stabil wird. Sind so in jeder Zahlstelle die Grenzen abgesteckt für unsere Herbst- und Winterarbeit, dann wird es schon gehen.

Alle Verbandsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen sollten sich persönlich in dieser Zeit des Werbens und neuen Schaffens aber auch selber einmal die Frage stellen, ob sie voll und ganz ihre Pflicht als organisierte Arbeiter getan haben. Insbesondere sollten sie sich fragen:

1. Habe ich an der Ausbreitung des Verbandes mitgewirkt?

2. War ich ein fleißiger Versammlungsbesucher?

3. Stellte ich in Kämpfen mit den Gegnern meinen Mann?

4. Mühte der Vertrauensmann zwei-, dreimal kommen, ehe er den Beitrag erhielt?

5. Wie oft habe ich im letzten Jahre Hausagitation betrieben?

Vieher Freund, kannst du auf diese Fragen dir selber eine befriedigende Antwort geben, dann wohl dir. Du kannst mit Recht und mit Stolz sagen: Ja, ich war mit dabei, wenn es galt, meine Interessen wahrzunehmen, und den Verband zu fördern. Wenn du dieses Bewußtsein im Herzen trägt, dann bedarf es keines fremden Lobes. Sich selber loben können, ist fast alles, was in meinen Kräften stand, ist das größte Lob. Dieses Bewußtsein darf dich aber nicht faul machen, indem du denkst: „So, ich habe genug getan, jetzt laß die anderen auch mal was arbeiten“. O, diese Andern, wie ich sie haße, dieses unernünftige Wort. Wenn jeder bei sich selber anfängt, dann sind die Andern mit einem Schlag alle. Ein wirklich überzeugter und vorwärtsstrebender Gewerkschaftler kennt keine Ausnahmen, er denkt auch nicht an die Andern. Denn: „Wer rostet, der rostet“ und: „Selbst ist der Mann“, hinzukommt:

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben.

Der täglich sie erobern muß.

An euch, Kolleginnen und Kollegen, die ihr eure Pflicht erfüllt habt, ergeht der Ruf: „Erneut vor die Front bei der Herbst- und Winterarbeit“. Ihr seid die Erprobten, die Kampfgewohnten; von euch hängt das Glück, das weitere Gedeihen und Erstarken der Zahlstelle ab. Soll eine Fehlung im Sturm genommen werden, dann schickt man die besten und erprobten Truppen vor, auf die man sich verlassen kann. Sie weichen und wanken nicht, sondern sind erst befriedigt, wenn das Ziel erreicht ist. Darum drauf, ihr Freunde, wir müssen den Indifferentismus besiegen. Das ist keine trübe, waffenstarre Seite, sondern ein loher Sandhaufen. Vor dem sollten wir Kampferproben uns fürchten? Nein, wir fürchten uns nicht, wir werden ihn besiegen, weil wir wollen und ausdauernd dabei sind.

Nicht alle Verbandsmitglieder gehören zu den Kampferproben. In der Regel sind es diejenigen, die bei der Beantwortung der vorstehenden Fragen bescheid die Augen niederschlagen müssen. Sie gingen lieber Regeln, Karten- und Billardspielen, als wie in die Mitgliederversammlung. Warum wohl? Weil sie gleichgültig sind und nicht weiter sehen wie bis zum nächsten Tag. Wenn ein Gegner sie anempfehle, zuckten sie die Achseln und schwiegen. Kam der Vertrauensmann und wollte den Beitrag holen, dann zogen sie ein schiefes Maul. Oft mußte der Vertrauensmann zwei-,

dreimal kommen, bis er die Groschen hatte. Diesen zahllosen Kollegen liegen die Groschen aber gar nicht so sehr, wenn sie im Wirtshaus an der Scheufe stehen. Galt es für den Verband zu arbeiten, dann hatten sie keine Zeit. Zur Kirmeis hatten sie aber immer Zeit, und wenn sie zwei Stunden entfernt stattfand.

Dah diese Sorte von Mitgliedern nicht zu den Kampferproben gehören, versteht sich am Rande. Sie haben gefanekt, statt sich um ihre Verbandsinteressen zu kümmern. Diese Verbandsmitglieder müssen jetzt Einkehr halten und umkehren von dem gefährlichen Weg, den sie gehen. Sie gleichen den Blättern eines Baumes, die am vertrocknen sind. Kommt nicht zur rechten Zeit ein belebender Regen, der ihnen neue Lebenskraft gibt, dann werden sie abgeweht und kommen um. Diese Mitglieder müssen neubelebt werden, wenn sie nicht abehen sollen vom Baume des Verbandes. Den Schaden würden sie ja nur selber tragen, die verschiedenen Tariffämpfe sind bereite Zeugen.

Unsere Kampferproben müssen ihnen klar machen, daß man mit gelegentlichen Anläufen nichts erreicht. Mit aller Energie muß durchgehalten werden, wollen wir das Ziel erreichen. Wir Gewerkschaftler wollen doch kein Sandhaufen sein, sondern als feste, zusammengeschlossene Masse eine Macht bilden, um bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein gewichtiges Wort mitreden zu können. Diese lauen Verbandsmitglieder sollten sich klar machen, daß auch sie „mit dabei sein müssen“ und sich folgende Worte Platens recht fest einprägen:

„Ernt vor allen ird'schen Dingen,

Der ihr seid und was ihr sollt:

Streben, wenn auch nicht vollbringen

Es der Vorhang niederrollt.“

Ganz besonders zwei Aufgaben haben wir wie geschildert bei der bevorstehenden Herbst- und Winteragitation im Auge zu behalten. Widmen alle Zahlstellen ihnen die volle Aufmerksamkeit, dann kann der Erfolg nicht fehlen.

Jedes einzelne Verbandsmitglied sollte seinen höchsten Ehrgeiz und sein höchstes Streben in treuer Pflichterfüllung erblicken. Um die Sache unseres Verbandes wird es nie schlecht stehen, immer weiter werden wir vorankommen, wenn jedes Verbandsmitglied von sich sagen kann:

„Ich bin dabei gewesen“,

wenn es galt, die Interessen meines Standes und meines Verbandes wahrzunehmen. Darum auf zur Tat!

Stimmen zum Reichstarifvertrag im Schneidergewerbe.

Zu dem Vertragsentwurf, wie er aus den ersten Verhandlungen der Kommission zur Beratung des Reichstarifvertrages hervorgegangen ist, erhalten wir von geschätzter Seite folgende kritische Betrachtung. Ohne uns mit den Ausführungen in allen Teilen einverstanden zu erklären, geben wir der Zuschrift doch gerne Raum, weil sie geeignet ist, über die rechtliche Seite des Entwurfes Aufklärung zu schaffen. Die Zuschrift lautet:

Nicht selten wird die Unzulässigkeit der Tarifverträge in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Sicherung des gewerblichen Friedens auf die Mangelhaftigkeit des gegenwärtigen Rechtszustandes zurückgeführt. Das ist richtig und falsch zugleich, je nach der Ansicht darüber, inwiefern die Gesetzgebung dem Bestreben der tarifschließenden Organisationen, das Gewerbe zu beherrsigen, Rechnung tragen soll. M. E. kann die gegenwärtige Rechtsordnung den Tarifverträgen hinreichend Schutz gewähren, wenn sich ihr die Tarifverträge nach Form und Inhalt anpassen. Leider ist das häufig nicht der Fall. Es gibt manche Tarifverträge, die formverwahrlosend und inhaltlich so unklar sind, daß das Gesetz ihnen trotz seiner an und für sich bestehenden Vereinfachung in manchen Punkten, wenn nicht ganz, seinen Schutz verliert.

Und ein solcher mangelhafter Tarifvertrag scheint sich jetzt für das Schneidergewerbe vorzubereiten. Die

„Die ungeheuerlichen Vorwürfe, die der Verfasser darin erhebt, klingen ganz unglücklich und können bis auf weiteres nur rein referierend wiedergegeben werden.“ So äußerte sich die sozialdemokratische „Mhein. Zeitung“ in Köln (Nr. 225, 1913) unter dem ersten Eindruck des Röhling'schen Nachwerkes. Aber trotzdem fand sich der sozialdemokratische Parteiverlag in Düsseldorf freudig bereit, die Verleumdungsbroschüre in 250 000 Exemplaren herzustellen und sie auf Verreiben des sozialdemokratischen Legitarbeiterverbandes an einem Tage in ganz Deutschland zu lassen. Gleichzeitig hat sich ein sozialdemokratisches Pressebüro der Sache bemächtigt, und die gesinnungsverwandte Presse mit sensationellen Artikeln traktiert, in deren Überschriften mit großen Lettern es u. a. heißt: „Ein Wlad hinter die Kulissen“; „Die Geldhydrantenschlüssel und anderes“; „Keinliche Hühnerchen aus einer christlichen Gewerkschaft“; „Ein Wieselstanzband in den christlichen Gewerkschaften“; „Christliche Gewerkschaftskorruption“; „Reichstagsabgeordneter Schiffer als Dieb?“, „Dokumente zur Beurteilung der christl. Gewerkschaftsbewegung“ usw. Trotzdem also die Röhling'schen Vorwürfe „unmöglich unglücklich klingen“, wird nach echter Strauchritterart die Broschüre massenhaft hergestellt u. deren Verbreitung im ganzen Lande systematisch organisiert, bevor der Angegriffene sich überhaupt zu der Angelegenheit äußern konnte.

Der Menegat Röhling sucht in seiner Broschüre den Vorwürfen des Legitarbeiterverbandes, Schiffer, bezüglich des Diebstahls zu begegnen und den Eindruck zu erwecken, Schiffer habe bei Warenlieferungen für den Verband sich Provision zu verschaffen gesucht. Der Vorstand des christlichen Legitarbeiterverbandes hat sich, wie schon öffentlich mitgeteilt, in einer Sitzung am 30. September eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und wird sowohl den Menegaten Röhling als Verfasser der verurteilenden Broschüre, wie auch die Weiterverbreiter der verurteilenden Broschüre, gerichtlich belangen. Der Sitzung wohnten die in der Broschüre erwähnten Mitglieder des Zentralvorstandes sowie der Zentralisierer und der ebenfalls genannte Beamte der Unterstützungsabteilung, Kollege Peter Stroh, bei. Nach Vernehmung der erwähnten Personen und nach einer eingehenden und gewissenhaften Prüfung der durch Röhling gegen den Zentralvorstand, Kollegen Schiffer, gerichteten Anklagen, kam der Zentralvorstand einstimmig zu der bestimmten und ehrlichen Überzeugung, daß diese Anklagen und ungeheuerlichen Verdächtigungen vollständig haltlos sind. Insbesondere ergab die Prüfung, daß nicht der Schimmer eines Beweises dafür vorliegt, daß Kollege Schiffer mit der in der Broschüre angeführten Geldzahlungsquittung als Schuldiger in Verbindung gebracht werden kann. Der Zentralvorstand ist im Gegenteil der zweifelsfreien Überzeugung, daß Kollege Schiffer speziell in dieser Angelegenheit materlos dasteht.

Angichts dessen liegt für den Zentralvorstand kein Grund vor, dem langjährigen, verdienstvollen Vorstehenden das Vertrauen zu entziehen. Er erachtet es im Gegenteil als seine Pflicht, den Vorstehenden in dem jetzt einsetzenden schweren Kampf gegen Lüge und Verleumdung zu unterstützen.

Um jedoch möglichst volle Klarheit zu schaffen, billigt und unterstützt der Zentralvorstand den Entschluß seines Vorsitzenden, gerichtliche Klage gegen Röhling wie auch die jeweiligen Weiterverbreiter der verurteilenden Broschüre anzustrengen. Der Zentralvorstand wird femerforts ebenfalls den Klageweg gegen jene Röhling'sche Behauptungen beschreiten, die für den ganzen Zentralvorstand verleidend sind.

Weiter hat der Agent, von dem die christlichen Legitarbeiter den Geldhydrant kauften, schon in 1908 folgende Erklärung abgegeben:

Der Unterzeichnete erklärt hierdurch:
1. Der Zentralverband christlicher Legitarbeiter Deutschlands hat im Juli 1908 durch meine Vermittlung von der Firma W. Houben-Duisburg einen Geldhydrant bezogen. Der Preis desselben einschließlich Fracht und Montage betrug 305 Mk. Der Kauf ist zwischen dem Vorsitzenden des Zentralverbandes christlicher Legitarbeiter Deutschlands

Herrn E. M. Schiffer-Düsseldorf und mir abgeschlossen worden.

2. Herr Schiffer hat seinen Teil der Provision erhalten, auch habe ich denselben weder Provision noch sonst irgend einen materiellen Vorteil angeboten.

3. Ich befreite auch, Herrn W. Houben-Duisburg gegenüber erklärt zu haben, ich müße die Provision mit Herrn Schiffer teilen, wenigstens einstuhe ich mich nicht, eine derartige Abrechnung gefaßt zu haben. Sollte eine ähnliche Abrechnung dennoch gefaßt sein, so kann es sich höchstens darum gehandelt haben, eine Erhöhung der Provision für mich durchzusetzen.

Greifeld, den 30. Mai 1906.

gez. Hugo Gater.

Von Kollegen Schiffer steht fest, daß er schon in 1906 1. eine gründliche und strenge Untersuchung der Angelegenheit forderte. Selbst beteiligte sich Schiffer an dieser Untersuchung in keiner Weise.

2. Schiffer lehnte jede Selbstverteidigung mit aller Entschiedenheit ab.

3. Schiffer erklärte dem zweiten Verbandsvorsitzenden Eistenfeld, daß er (Schiffer) sofort die Konsequenzen ziehen und von seinem Posten zurücktreten würde, wenn die Untersuchung den Verdacht auf nur im mindesten befestigen würde.

Damit hat Schiffer und der Vorstand des Legitarbeiterverbandes getan, was loyalerweise von ihnen verlangt werden konnte. Der christl. Legitarbeiterverband hat also das Licht der Öffentlichkeit nicht im mindesten zu scheuen. Damit ist die Sache einmütlich für die christliche Gewerkschaftsbewegung erledigt. Lieber Einzelheiten werden die bereits angezeigten Prozesse Klarheit bringen.

Wie die Maskeier, so tünzten sich die sozialdemokratischen Wähler und Agitatoren auf die Röhling'schen „Enthüllungen“. Daß es diesen Herrschaften nicht um eine objektive Kritik, sondern in erster Linie um eine ganz ordinäre Hege gegen den christlichen Legitarbeiterverband zu tun war, ergibt sich aus einem Zirkular, das der Komitee des sozialdemokratischen Legitarbeiterverbandes, Heinz Mathies aus Rheine (Westf.) an seine Mitglieder versandte. Das Zirkular enthält zunächst direkte Beschuldigungen, für die der Verfasser sich noch an anderer Stelle zu verantworten haben wird. Dann werden die schmutzigen Motive der sozialdemokratischen Hege in folgenden Worten offenbart:

„Soweit der Vortat steht, soll diese Broschüre an unsere Mitglieder und an die christlich Organisierten verteilt werden. Die Broschüre wird ein vernichtender Schlag gegen den christlichen Legitarbeiterverband sein! Kollegen, wenn wir dies richtig ausnützen, so können wir mit einem Schlage die christliche Organisation vernichten! Dieser Schlag soll im ganzen Reich am Sonntag ausgeführt werden. Morgen (Freitag) abend wollen wir erst das Nähere besprechen. Ich hoffe ganz bestimmt, daß Du erscheinen wirst. Also Freitag abend 8 1/2 Uhr, bei Gernies. Der Schlag muß mächtig geführt werden.“

Das ist also der Zweck der Werbung! Der christliche Legitarbeiterverband und mit ihm die christliche Gewerkschaftsbewegung soll vernichtet werden. Gut, daß die roten Herrschaften ihren sauberen Plan so offen ausprechen. Die christlich gesinnte Arbeiterschaft weiß nun, was sie sowohl von dem Röhling'schen Nachwerk als auch von dem heuchlerischen Geschimpfe der „Genossen“ zu halten hat. Sie wird schon dafür sorgen, daß der „Schlag“ der Genossen ein Schlag ins — Wasser wird.

Die rote Woche von Jena.

Im letzten Artikel haben wir schon darauf verwiesen, wie die Propagandisten der direkten Aktion auf dem Jener Parteitag mit ihrer Forderung des politischen Massenstreiks durchgefallen sind. Insbesondere waren es die Gewerkschaftsführer, die sich nicht durch einen derartigen Unsinne, mit dem man den Massen eine Macht einredet, die sie nicht haben, die mühsam errungenen Erfolge erschlagen lassen wollen. Diese Lastade, die noch mangelnde Organisation und vor allem das wichtige Moment, daß die Verteilungsbedieneten bei einem Massenstreik arbeitslos stehen würden, haben

die Annahme dieser phrasenreichen, aber inhaltsarmen Massenstreik-Resolution veranlaßt, über welche die Kritik der eigenen Partei von keiner Unzulässigkeit bis zum offenen Spott einsetzt. Insbesondere sind die Gewerkschaftsblätter mit der Diskussion über den Massenstreik unzufrieden. Die Sozialarbeitszeitung (Nr. 39) meint, daß sie „ein sehr überflüssiger Luxus“ war. „Anderes sei dem, wie ihm wolle, die ganze Massenstreikdebatte hat doch nur bewiesen, wie notwendig in Deutschland eine starke christliche Arbeiterbewegung, vorab eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung im Interesse der Reinhaltung der gewerkschaftlichen Grundsätze ist. Ihre Ergänzung ist schon eine Warnungstafel für jene Bestrebungen, die die Gewerkschaften lediglich als Werkzeuge politischer Demagogie mißbrauchen wollen.“

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge, die auf Antrag von München aus später noch als Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wurde, hätte, ihrer politischen Bedeutung für die Gegenwart nach, das wichtigste Thema des Parteitages werden müssen. Es ist leider nicht so geworden. Timm-München hatte das Meistert übernehmen, in dem er eine Uebersicht über die Verhältnisse auf diesem Gebiete gab, dieselbe aber mit so vielen Ausfällen gegen die bürgerlichen Parteien spickte, daß der Wert des Vortrages recht problematisch wurde. Wenn die Sozialdemokratie die Diskussion über diese hochwichtige und wichtige Frage künftig etwa nach solchen Rezepten zu führen gedenkt, meint die hochangesehene Münchener „Allgemeine Rundschau“, dann allerdings wird es schwer werden, Klitz-Nagdeburg Forderung zu realisieren, auch andere Kreise, die nicht direkt der Arbeiterklasse angehören, für das Problem der Arbeitslosenversicherung zu interessieren. Und noch weniger wird die, mit Wintig-Samburg, einem Vorstandsmitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, von jedem ernsthaften Sozialpolitiker gewünschte „Propagierung der Arbeitslosenversicherung über den Parteitag“ gelingen. Allerdings glaubte Timm, von dieser Anregung Wintig's gewissermaßen worden zu müssen, um „nicht in falsche eieigige Bahnen zu kommen“. Und ein Mannheimer Delegierter verdrach sich einen größeren Erfolg davon, wenn auch die Massen für diesen Fall auf den Plan gerufen würden, um, wie er sich etwas romantisch ausdrückt, „mit schweißiger Faust an die Tore der Rathhäuser zu klopfen“.

Wir freilich, die wir die Vergangenheit der Sozialdemokratie in sozialpolitischen Dingen kennen, sind nüchtern genug, dieses mächtige Spiel der großen Woche von Jena, gerade in der Frage der Arbeitslosenversicherung richtig einzuschätzen. Denn nicht nur die gefühlvolle Sozialreform wurde und wird von der Sozialdemokratie zum Teil heute noch aufs heiligste befangen, auch die gewerkschaftliche Selbsthilfe konnte sich nicht immer des Wohlwollens der Partei erfreuen. Alle jene Gewerkschaften, welche zugunsten auch der Arbeitslosen Einrichtungen trafen, wurden als „Verkaufungsvereine“ distrahert. Als 1883 dem Kölner Parteitag ein solcher Antrag vorlag, wurde er glatt abgelehnt und Webel sprach von ihm geringschätzig als von einer Forderung des „berühmten Rechtes auf Arbeit“. In der Tat wurde noch von dem „Hoffenbewußten“ Korrespondenten Friede auf dem Kongress in Berlin 1896 verlangt, daß aus den angeführten Gründen jene Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, dieselbe wieder abzuschaffen sollten. So hatte die politische Sozialdemokratie die Arbeiter an der Erlangung größerer wirtschaftlicher Macht, wie der Abgeordnete v. Ein familiäre, lange gehemmt. In dem Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Nr. 37 vom Jahre 1898 schrieb derselbe Abgeordnete Klagen, daß man die Einführung der Arbeitslosen-Verpflichtung bekämpfe, weil sie zur Verhinderung, zur Quarantäne der Arbeiter führe. Das Unterjochungswesen verzögere den Klassenkampf. Der Besatz wurde konstatativ usw. Auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1898 wurde gegen das Unterjochungswesen gewettert.

Zugewiesen traten die christlichen Arbeiterorganisationen in Tätigkeit und führten einen Kampfang herbei. Sie zwingen die unzulässliche Sozialdemokratie durch ihre Aufrüstungsarbeit zu einer anderen Stellungnahme.

Aber davon zu sprechen, hat Johannes Tinn in Jena vorgehen.

Massenstreikdebatte und Arbeitslosenfürsorge! Ein eigenartiges Zusammentreffen auf einem sozialdemokratischen Parteitag! Hier harter Negation und Krieg dem Gegenwartsstaat, die Drohung mit dem Ausland; dort eine auswahrscheinliche Resonanz an denselben Gegenwartsstaat, um ihn zur Ruhe zu bewegen. Freilich, nach sozialdemokratischen Agitationsmethoden wird diese Hilfe nicht geleistet werden können. Denn nach Timms Vorschlag sollen die Einzelstaaten, das Reich, wie die Gemeinden mit Zuschüssen zu dieser Versicherung herangezogen werden, dabei soll aber dem Staate keinerlei Kontrollrecht zustehen. Selbst eine in sozialdemokratischen Dingen überhaup und der Sozialdemokratie gegenüber besonders wohlwollende Kritikerin, wie die „Krausitzer Zeitung“ (Nr. 200), schreibt in einer Kritik des Timmschen Referates, das nach Beschluß des Parteitages überzogen im Druck erscheinen soll: „Man muß bewahren,

Bilder vom lozialen Ferienkurs.

Ein überaus wertvolles Heftchen hielt der Apologet an der Hauptstelle des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, P. Schauberger, zu seinem mit vielem Beifall angenommenen Thema: „Geistige Schulung und religiöse Bildung der Arbeiter. Wir gehen aus dem Vortrag folgende Hauptgedanken und Maximen: Die Signatur unserer Zeit ist rascher Fortschritt auf allen Gebieten und „Vorwärts“ die Lösung, die mit fiebernder Hast die Kultur an den modernen Menschen ausstößt.“

Diese Kultur genigte zwei Uebel, einen raffinierten Genuss und eine ungeheure Armut. Man hat für das Materielle gesorgt und den Menschen zum Sklaven der Materie gemacht. Die Kultur drängt: Vorwärts! und vergräbt den Menschen zu Lehen, auch den Wlad einwärts zu tun; und so führt sie statt aufwärts immer abwärts. Mitten in dieser Kulturwelt steht der Arbeiter als Mitschöpfer der Kultur. In dieser Stellung liegt eine Gefahr: an die Maschine gebunden, wird er selbst nur zu leicht ein Sklave der Maschine und fällt dem Bestäubnis in die Arme. Um vor diesem Schicksal bewahrt zu bleiben, muß er ausgerüstet sein wie die göttl Begründer und Träger der christlichen Kultur, die Apostel. Es waren Gestalten aus der Arbeiterwelt, von ihrem Meister geführt im Glauben und auch in geistlichen Fragen. So muß der Arbeiter durch geistige Schulung urteilssähig werden, damit er nicht in seinen wichtigsten Lebensfragen fortbewahrt einer fremdbestimmten Weinstellung unterliegt. In dieser geistigen Schulung muß aber als wichtigste Ergänzung hinzukommen die religiöse Bildung, wie es das Programm der katholischen Arbeitervereine verlangt: Befestigung und Stärkung des religiösen Lebens. Nur dann werden unsere Arbeiterkassen glücklich sein, wenn sie mit Grot und der Maske verbunden sind. Diese reli-

giöse Bildung wird um so notwendiger wegen der allgemein um sich greifenden Verflachung religiöser Begriffe. Freidenkertum und Sozialdemokratie sorgen dafür, daß der Glaube aus der Arbeiterschaft immer mehr schwindet, und die Genussucht untergräbt das Sittengesetz und bringt alles in Fluß. Diese religiöse Bildung muß den ganzen Menschen umfassen, seine zwei Fähigkeiten: Verstand und Willen. Die religiöse Fortbildung hat die doppelte Aufgabe, die Arbeiter in den Glaubensarbeiten zu unterrichten und gegen Glaubensschwirrigkeiten zu schützen. Als Mittel dient ihr die Presse und das gesprochene Wort in der Versammlung, der apologetische Vortrag. Mit dieser Tätigkeit, die sich an den Verband wendet, ist aber nur der geringere Teil der religiösen Bildungsarbeit getan. Es muß noch das Herz und der Wille dabei sein, damit sie Leben und Form erhält und das ganze Handeln durchdringt.

Ein in der letzten Zeit viel besprochenes Thema behandelte Oberstudienrat Dr. Scheidegger-Freifling in seinem Vortrag über den modernen Sport und die Standesbewegung. Das in dem Vortrag Gesagte verdient die vollste Beachtung und ist sicher geeignet, etwas mehr Einsichtlichkeit in die Sportpflege zu bringen, wie sie bisher von den Standesorganisationen, insbesondere jenen jugendlichen, betrieben wird. Es geht alles, mit der Konstatierung des Bedner's, daß Liebertreibungen im Sportwesen, wie sie heute vielfach tagtate treten, ungewissheit gewiss, nicht gerade Gefahren in sich schließen und daher streng zu meiden sind. Jedoch ist, insbesondere der arbeitenden Jugend, der Sport keinesfalls zu mißgönnen, solange keine höheren Ziele darunter stehen, solange Gesundheit und Mächtigkeitz wirklich gefördert, Erholung und Vergnügen geboten, und obendrein auch der Selbstzucht nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Sehr wertvoll war in dem Referate die Beurteilung der bestehenden Sportvereinigungen; insoweit die sportliche Betätigung der Sozialdemokratie in Frage kommt, sei bei

dieser Gelegenheit auf die Aufstellung in der Broschüre von Haufiger: „Die deutsche Sozialdemokratie“ hingewiesen (Damm 1. B., 1913).

Nach dieser Behandlung einer Einzelfrage, deren Wichtigkeit keinesfalls unterschätzt werden darf, kamen wir wieder an ein großes Gebiet, das der Volkbildung. Inspektor Tesch-München gab uns darüber einen inhaltreichen Vortrag, den wir am liebsten in Druck sehen möchten in Form einer billigen Broschüre. Es handelt sich hier um ein Gebiet, das bislang der brauchbaren literarischen Verarbeitung wenigstens im Vergleich zur Wichtigkeit des Problems noch ziemlich entzät, und um ein Gebiet, das nicht im Rahmen eines Stimmungsstückes bearbeitet werden kann. Aus den vielen im Vortrag getönten Einzelheiten hat uns besonders folgendes Leitmotiv gefaßt: Volkbildung ist nicht bloß Volkserhaltung sein, sondern sie muß ein wirkliches Volkswachstum zu sein, Verstand, Herz und Willen in gleicher Weise erlassen. Dieses Leitmotiv in die Praxis übertragen, bedeutet — gehen wir es uns nur ein — zum großen Teile eine durchgreifende Reform unseres gesamten Unterhaltungswesens, soweit es berechnungsweise praktizier wird.

Nun kamen eine Anzahl Themat, vorwiegend materiellen Inhalts an die Reihe. Magistratsrat Königbauer-München, ein erfahrener Praktiker auf diesem Gebiete, sprach über: Reichsversicherungsordnung und Rechtschutz. Die Neuerungen in der Reichsversicherungsordnung, die zum Teil schon praktisch geworden sind, bildeten den ersten Teil dieses interessanten Vortrages. Die Forderung des Rechtschutzes an die minderbemittelten Volksschreie, insbesondere durch die Volksräte und Arbeitersekretariate, wie sie die katholischen Arbeitervereine geschaffen haben, war Gegenstand der weiteren Ausführungen. In diesem Vortrag konnte man so recht die Bedeutung des gemeinsamen Rechtschutzes erkennen, dessen Hauptaufgabe nach Königbauer ist, ohne Prozeß etwas zu erreichen. Dieser

ob die Sozialdemokratie nützlich glaubt, daß ein solcher Vorschlag im Reichstag eine Mehrheit fände, ganz abgesehen davon, was dann der Bundesrat täte."

Die Steuerfrage und die Stellung der Sozialdemokratie zu den verschiedenen Steuerarten ist durch ihre Bemühung der jüngsten großen Militärvorlage wieder akut geworden und interessiert auch ein Gewerkschaftsblatt. Nachdem die sozialistische Literatur in der Behandlung der Theorie der Steuern recht mager ist, hatte man den Abgeordneten Wurm beauftragt, die theoretische Seite des Steuerproblems in der Reihe der Sozialdemokratie zu behandeln. Man mag zu diesen mehr als zehnjährigen Ausführungen sachlich stehen wie man will, interessant und ohne die gebräulichen Ausfälle gegen die politischen Gegner waren sie jedenfalls.

Das gleiche gilt von dem Referate von Dr. Südekum, das die spezielle Aufgabe hatte, die Reichstagsaktion gegen die Militärausgaben zu verteidigen, und das wohl auch recht glücklich beforgte, weil ein Redner mehr rhetorische Kraft, Feinheiten zur Verfügung stehen, wie Wurm. Freilich, den Habitualen haben die beiden Redner keineswegs gefallen und sie trugden eine Gegenresolution ein, mit der sie aber nicht durchdrangen. Die Parlamentarier, denn heute auch viele Militärengländer, haben mit einer Zweidrittelmehrheit abgestimmt.

Die Kaiserfrage ist auch dieses Mal nach dem Zeitungsbehandling worden; Ueber Thema darf nicht gesprochen werden. Was in der Kaiserresolution gesagt ist, ist Kaufschal. Das war sie auch vor Jena. Der Parteitag "erwartet" auch dieses Jahr wieder einmal von sämtlichen Angehörigen der Partei, daß sie ihren Tagesorden mit 1. Mit dem Kaiserfragen übereinstimmen, der Unterstützung von durch Teilnahme an derselben gemäßigten Genossen dient. Nichts weiter. Doch bei diesen Debatten auch wieder der Gegensatz zwischen Waisen und Führern, zwischen bescheidenen Angehörigen der Partei und den übrigen Parteigenossen, grell aufkam, sei nur nebenbei erwähnt.

Auf Kleinigkeiten, um die man sich sonst noch in Jena raufte, brauchen wir hier nicht einzugehen; diese Debatten können das Gesamtbild des Parteitages nicht wesentlich verändern.

Politisch war der Jener Parteitag, wie seine Vorgänger von Genau 1912 und Jena 1911 ein Parteitag der Zukunft, ein Parteitag des Verlangens, die einmal erhaltenen Mandate um seinen Preis zu verlieren. Sozialpolitisch und gewerkschaftlich hat er eine gute gute Seite gebracht, wie die Behandlung der Arbeitslosenfrage beweist. Darüber kann das kleine Studien Wort nicht hinwegjagen, das darin liegt, daß die Gewerkschaftsführer im Kampfe gegen die Militärausgaben einige Erfolge errangen. Denn die Partei und Gewerkschaft sind zu sehr miteinander verflochten, als daß sich letztere erfolgreich wehren könnten, wenn später wiederum ein Wüterichsünderling gegen die Militärausgaben eintritt. Augenblicklich liegen die Dinge allerdings so: Die Militärausgaben sind auf der ganzen Linie besetzt, sowohl in dem Kampf um den Waffenstillstand wie in der folgenden Schlacht gegen die Mehrheit der Fraktion, die den Vorschlag Militärausgaben durch die Bewilligung der Jahrsbudgets und der dauernden Welterneuerung ein wählendes A-priori gebracht hat. In aber der sozialistischen Gefahr die Spitze genommen, seit die Vertreter des blutigen Marxismus in den Hintergrund gedrängt worden sind? Vor sechs Jahren hat Fritz Baumbach erklärt, daß er durchaus nicht geneigt sei, Janzianer anzunehmen, sobald einmal einzelne moderne Genossen des deutschen Sozialismus eine Ausgangslinie aus der tragischen erkannten Lufthypothese auf den Boden eines positiven Reformarbeit fänden. Diese Meinung hat auch heute noch Geltung, sie wird von allen geteilt, die die Sozialdemokratie und den Sozialismus kennen. Oder sind Revisionisten und Revolutoren nicht völlig einzig in ihrem Hassen gegen den bestehenden Staat, in dem Vernünftigen, ihm keine Stütze zu rauben?

Auf die Frage, ob man wirklich in der Schiede von Jena sich neue brauchbare Waffen geschaffen hat, wird wohl weder der rechte noch der linke Flügel eine befriedigende Antwort finden. Denn aus all diesen erblöhen Wunden leuchtet nirgends ein neues, schöpferischer Gedanke, nirgends auch nur ein neues Argument für alte Befehle hervor.

Was die Sozialdemokratie darum auch in Jena versucht haben, den Weg zu positiver Arbeit herauszufinden; innerlich war diese Partei seit einmal zerföhren und gespalten wie in Webers Todesjahr. Und danach haben wir unsere Abwehrarbeit gegen die Sozialdemokratie einzurichten.

Handkrankheiten.

In Bochum wird durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 21. September eine Handkrankheitsverordnung erlassen. Die Statuten fanden die Genehmigung der Versammlung, dagegen wurde ein Antrag des Stadtergebnisses Büsing und Genossen auf Beibehaltung des Crisistatus der

Stadt Bochum vom 22. Oktober 1897 und 27. April 1898 betreffend Ausdehnung der Krankenerwerbspflicht auf die Heimarbeit schon in der Kommissionsberatung zurückgegeben, weil in der betr. Kommissionsberatung der Regierung, Herr Stadtrat Köppler ein — juristisches — Gutachten abgab, nach welchem das Crisistatut, an dessen Zustandekommen doch sicherlich auch Juristen, wenigstens aber Sachverständige, mit gemischt haben, unzulässig ist. Unverkennbar ist es, daß in einer Stadt wie Bochum eine unzulässige Verknüpfung 15 Jahre lang bestehen konnte und daß während dieser langen Zeit keine Nachprüfung stattfand. Jedenfalls liegt die Sache so, daß Hunderte von Heimarbeitern auf Grund dieses unzulässigen Crisistatus der Meinung waren, der Krankenerwerbspflicht zu unterliegen.

Die Hausgewerbetreibenden, besser alle Hausarbeiter, haben ein großes Interesse an der Versicherung in Crisistatuten. Nach § 4 Abs. 2 des jetzt noch geltenden Krankenerwerbsgesetzes können Hausgewerbetreibende der Gemeinde-Krankenerwerbspflicht freiwillig als Mitglied beitreten. Wo keine Gemeinde-Krankenerwerbspflicht besteht, können sie gemäß § 19 Abs. 3 der Crisistatuten beitreten, natürlich sofort das Jahresentkommen 2000 Mark nicht übersteigt. Die freiwillig Beitretenden können gemäß § 4 bezw. § 19 einer zeitlichen Unterstützung unterliegen werden und die Klassen können ihre Ausnahmen abgeben, wenn die Unterstützung eine bereits bestehende Krankheit ergibt.

Heimarbeiter und Heimarbeiterrinnen sind nach dem jetzt noch geltenden Gesetz Krankenerwerbspflichtig. Der Begriff „Heimarbeiter“ und „Hausgewerbetreibender“ liegt aber sehr verschieden, so daß es fast besonders einer gerichtlichen Entscheidung bedarf, ob der betr. Person „Hausgewerbetreibender“ oder „Heimarbeiter“ bezw. „Heimarbeiterrin“ ist. Nach Art. 29 des Einbürgerungsgesetzes zur Staatsangehörigkeitsordnung können Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter wie auch Landarbeiter usw. Mitglieder ihrer bisherigen Orts- oder Betriebskassen bleiben, sofern sie dies dem Vorstand anzeigen.

Sollte an einem Orte, wie in diesem Falle in Bochum, ein Crisistatut, das die Versicherung der Heimarbeit regelt, für unzulässig erklärt oder das Weiterbestehen des Crisistatus von der obersten Behörde nicht genehmigt werden, so können die Hausgewerbetreibenden kraft des jetzt noch geltenden alten Krankenerwerbsgesetzes freiwillige Mitglieder der Gemeinde-Krankenerwerbspflicht (§ 4 des Krankenerwerbsgesetzes) bezw. wo keine Gemeinde-Krankenerwerbspflicht besteht, freiwillige Mitglieder der Crisistatuten (§ 19 des jetzt noch geltenden Krankenerwerbs-Ges.) werden. Sie sind dann, wenn sie von diesem Versicherungrecht, das die Versicherungspflicht nicht gütig durch Crisistatut suspendiert sein sollte, Gebrauch machen, am 1. Januar 1914 beim Inkrafttreten der A.-G.-G. Mitglied einer Orts- (Betriebs-, Bau-) Krankenkasse und somit dann Mitglied ihrer Ortskrankenkasse bleiben.

Die Hausgewerbetreibenden wären also in dem Falle Bochum aufzufordern, sich sofort bei der gemeinsamen Ortskrankenkasse als freiwilliges Mitglied zu melden. Heimarbeit sind, wie gesagt, bisher schon versicherungspflichtig, brauchen also durch Crisistatut nicht mehr versicherungspflichtig gemacht zu werden.

Sollte sich nicht auch, wie schon in so vielen anderen Fällen ein Gewohnheitsrecht in Crisistatuten für die Heimarbeit herstellen lassen, worüber die oberste Verwaltungsbehörde zu entscheiden habe. Aber der Eintritt in die Crisistatute erst eine Entscheidung des Ministers abzuwarten, so das Statut gültig ist oder nicht, könnte insofern gefährlich werden, als die Entscheidung erst nach dem 1. Januar 1914 erfolgen könnte. Dann gilt aber das neue Gesetz, das die Heimarbeit und Hausgewerbetreibenden der Kantonskrankenkassen zurechnet. Falls sie dann nicht rechtzeitig, falls das Crisistatut in Bochum für unzulässig erklärt werden sollte, sich freiwillig bei der Bochumer Kasse melden, und auch nicht freiwilliges Mitglied vor dem 1. Januar 1914 geworden sind, hätten sie nicht mehr das Recht, von dem Art. 29 des Einbürgerungsgesetzes (weitere Zugehörigkeit zur Ortskrankenkasse) Gebrauch zu machen.

Für die Kollegen in Städten, in denen Landkrankentafeln errichtet werden, ist die Frage von Bedeutung, ob sie Mitglieder der Ortskrankentafeln werden wollen, falls sie es heute noch nicht sind. Die Antwort kann nur im bescheidenen Sinne ausfallen. Es empfiehlt sich deshalb, daß die Hausgewerbetreibenden, auch wenn sie nach ihrer Meinung als Hausarbeiter oder Arbeiterinnen zu gelten hätten, sich jetzt sofort bei der Ortskrankenkasse als freiwilliges Mitglied melden. Sie sind dann der Gefahr entzogen, später durch Urteil als Hausgewerbetreibende und nicht als Arbeiter bezw. Arbeiterinnen hingezogen zu werden. Dort wo der Antrag auf Weiterbestehen des Crisistatus zur Versicherung der Heimarbeit bezw. Hausgewerbetreibenden in Crisistatuten gestellt wurde, müssen sich die Heimarbeiter von dem Gang der Verhandlungen informieren. Bemerkenswert

hier ferner noch, daß Innungskassen für späterhin Hausgewerbetreibende und damit Heimarbeiter überhaupt nicht aufzunehmen, sondern diese laut Gesetz zur Land- bezw. Ortskrankenkasse kommen.

Geuchter Sündenbock.

Die „Nachzeitung“ bringt in ihrer letzten Nummer einen Verjammerungsvertrag aus Eberfeld, in welchem wir folgenden Satz finden: „Die christliche Organisation hat ein Zusammengehen in der Lohnbewegung abgelehnt; sie will trotz einem Tarif einreichen. Wir (die „Freien“) hatten die Bedingung gestellt, daß sie in einem Streitfall vor dem Schiedsgericht ihren Standpunkt revidieren sollte. Diese Bedingung wurde abgelehnt und damit auch ein Zusammengehen unmöglich gemacht.“ Unser Verband hatte ein Zusammengehen unmöglich gemacht und damit ist das Unheil geschehen! Sonderbare Leute sind die „Freien“ doch! Wollen wir gemeinschaftlich bei der Lohnbewegung mitarbeiten, dann haben wir nach Ansicht der „Genossen“ keine Lohnbewegung abgelehnt; gehen wir allein, dann sagt es die „Freien“ auch nicht. Es geht nichts darüber, den christl. Schneidern bei jeder Gelegenheit eines auszuweichen. Wir erfahren es uns für heute, die Güte aufzugeben, in welchem uns die „Freien“ von Anfang an auszuweichen. Wenn wir nun in Eberfeld und Wormen allein gehen, um das Unheil unserer Organisation zu wahren, so sagt aufeinander den Vertreter im „Freien“ Verband dies nicht.

Wie liegt nun die Sache in Eberfeld? Am 31. Juli 1913 erhielt unsere Zählstelle in Eberfeld von den „Freien“ einen Brief, in welchem angefragt ist, daß sie sich in einer Versammlung mit der Lohnbewegung betraf haben und ein Antrag aus der Versammlung, dem christlichen Verbands ein Mitglied des neuen Rates auszuwählen, abgelehnt worden sei. Die Christlichen sollten, wie weiter im Brief zu lesen ist, ihren Standpunkt bezug auf die zeitigen Tarifangelegenheiten klären. Darauf antwortete unsere Zählstelle Eberfeld und auch gleichzeitig im Einverständnis mit der Wormer Zählstelle, daß sie auf eine Abschrift des Rates verzichte, wenn ihr nicht die Möglichkeit gegeben wurde, gemeinschaftlich mitzuarbeiten bei der Festlegung der neuen Forderungen. Unsere Stellung zu den angelegenen Tarifstreitigkeiten sei langst den „Freien“ und den Arbeitgebern gegenüber klargestellt. Wir würden dieser Sache keine Bedeutung beimessen, wenn man uns nicht als den Sündenbock hinstellte. Der Führer der „Freien“, Herr Baub, muß seinen Standpunkt betreffend Tarifstreitigkeiten genau wissen, ebenso die anderen Mitglieder von „Freien“ Verband, die in der Sitzung vom Frühjahr 1912 zugegen waren, als vom Vorsitzenden unserer Eberfelder Zählstelle erklärt wurde, daß wir bei den zeitigen Positionen den Standpunkt der „Freien“ teilen und dieses den Arbeitgeber mitgeteilt worden sei. Ob die Führer des „Freien“ Verbandes ihren Mitgliedern davon berichtet haben, entspricht sich unserer Kenntnis.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung und Hilfe.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 42. Wochenbeitrag für 1913 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Bekanntmachung.

Die Zählstelle Köln wählte in ihrer letzten Versammlung die Kollegen Schill, Schulte, Vogel und Bullen für den Zentralvorstand. Dieser besteht nun aus den Kollegen: Euler, Eberfeld, Heining-Krefeld, Stämmer-Wischoffenburg, Müller-Düsseldorf, Stanzel-Essen, Schill, Schulte, Schwarzmann und Bullen-Köln. Erfolgt gegen die Gewählten nach § 25 Abs. 3 der Statuten innerhalb 14 Tagen kein Einspruch, so gilt der Vorstand als legitimiert. — In Neuwesen hat die Zählstelle Köln die Kollegen van Bernum, Jagemann, Kanne und Köder gewählt.

Bis zum 14. Oktober haben folgende Zählstellen abgerechnet: Eichenreuth, Kempen, Florheim, — Kiffingen (Bad), — Steinweiler, — Ahns, Duisburg, Damborn, Biersen.

modernen Genossenschaftsbewegung entstehen, es passierten die Auffassung der Theoretiker des genossenschaftlichen Sozialismus vor unserem Auge Neu und ebenso die Kämpfe, die in der deutschen Genossenschaftsbewegung um das Neutralitätsprinzip der Genossenschaften geführt werden. Als Hauptpartei der Arbeitergenossenschaftsbewegung, die nur eine genossenschaftliche Betätigung als Konsument umfassen kann, werden uns Konsumvereine und Kaufgenossenschaften geschildert in ihrem Werden, ihrer Arbeit und ihren Zielen. Dabei ist Weiterer weit entfernt, die Hoffnung mancher Nationalökonom zu nähern, daß als Ziel insbesondere der Konsumvereine die reitlose Gemeinwirtschaft erreicht werden sollte. Die genossenschaftliche Betätigung sind vielmehr ihre natürlichen Grenzen nach oben und nach unten: „Nach oben im weltlichen oder vermeintlichen Individualismus der Wirtschaftlichkeit besser gestellten Stände, nach unten aus den Reihen, die aus Armut oder ungerollten Genossenschaften wie zur Wirtschaftlichkeit und zur Wahrung ausgenutzt werden konnten.“ Damit entfallen aber auch zu einem guten Teil die Beschränkungen des Kleinhandels und des Handwerks, die beide aus der konsumgenossenschaftlichen Betätigung gehen. Von besonderem Interesse waren die praktischen Vorschläge des Referenten in bezug auf die Unterstützung und Förderung genossenschaftlicher Betätigung durch die christliche Arbeiterbewegung, die denn auch, wie der ganze Vortrag, mit reichem Beispiel aufgenommen wurden.

Volksfürsorge und Massenwesen, worüber Sekretär Schwarzmann referierte, war ein nicht weniger aktuelles Thema. Die Zeichnung der sozialdemokratischen Volksfürsorge, worüber in den letzten Wochen schon soviel geschrieben wurde, war abseits und prägnant, die Schlüsse auf den Ausbau des Massenwesens bei den katholischen Ständevereinen ergaben sich dabei von selbst. Das große Interesse, das gerade für diese Frage der materiellen Hilfe durch die Massenwesen in unseren Vereinen besteht, bewies die abendliche Diskussion zu diesem Thema, die manche Anregung und manch praktischen Vorschlag zulagte forderte. Ein recht vielgestriges und ebenso wichtiges Gebiet behandelte der tüchtige Landessekretär für Bayern des Volksvereins für das katholische Deutschland, D. Alf. Wern, in seinem verdienstvollen Vortrage über die kommunale Sozialpolitik. Seine Ausführungen über den sozialpolitischen Mut der Gemeinde haben wohl in jedem Teilnehmer nicht nur ungeteilten Beifall gefunden, sondern auch sicherlich dem Gedanken Wurzeln vertrieben, daß die christliche Arbeiterpartei und im speziellen die katholischen Arbeitervereine sich in Zukunft weit mehr als bisher mit gemeindepolitischen Fragen beschäftigen müssen. Wedig die Durchdringungspunkt der sozialdemokratischen und die zahlreichsten Erfolge derselben müßten die weitesten Kreise in der positiven Arbeiterpartei schon zu einer verstärkten Mitarbeit auf dem Gebiete des kommunalen Lebens veranlassen. Ich meine, das war die beste Augenwandlung auf dem Vortragsvortrage. Eine Sonderfrage in Organisations- und Wirtschaftlichen, die heute von immer größerer Bedeutung wird, behandelte Dr. Ernst Wänders, Redakteur des Dienstmädchenorgans „Haus und Herd“, in seinem Vortrage: „Arbeitsnachweis und Stellenermittlung“. Die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Arbeitsnachweises mag bei mandem erst das richtige Verständnis für diese Frage ausgelöst haben; die Entwicklung der Arbeitsnachweise und ihre Tätigkeit nicht minder, ebenso die Darlegungen über die Arbeitsvermittlung als Gewerbe, und jene über die öffentlichen Arbeitsnachweise. Die karitative Stellenermittlung für die katholische Ständebewegung überhaupt bildeten den Schluß des gut disponierten Vortrages. Damit war die erste Woche des Kurzes geschlossen. Die zweite Woche galt zu einem großen Teile der Behandlung der Frauenfrage und der weiblichen Ständebewegung.

Wobante bemerkt, wenn man aus diesen Praktikierung die naheliegende Konsequenz zieht, wie sehr dann leicht und endlich die Arbeitersekretariate, soweit sie von positiven Kreisen unterhalten werden, in hohem Maße der sozialen Verbindung und dem sozialen und persönlichen Frieden in der Gesellschaft dienen. Darum ist notwendig, daß allenfalls immer mehr Mittel flüssig gemacht werden, um solche Betriebsinstitute, wie wir die Arbeitersekretariate nennen möchten, in immer größerer Zahl zu gründen. Der wirtschaftliche Zweck der genossenschaftlichen Organisationen konzentriert sich in der Hauptsache auf das Berufsinteresse der Arbeiter und geht im wesentlichen über diese Zwecksetzung auch nicht hinaus. Die katholischen Ständebereine für ihren Teil beobachten die gleiche Praxis in dem von ihnen bearbeiteten Aufgabengebiete. Es war daher zweckmäßig, daß die Zeitung des Sozialen Fortschrittes über diese Betätigung von Ständebereinen und Berufsvereinen hinaus auch noch auf jene Verbindungen hinweisen ließ, die — Wirtschaftsvereine möchte ich sie nennen — dazu dienen, eine rationelle Ausnutzung der durch die Gewerkschaften erzielten materiellen Erfolge zu ermöglichen, indem sie den Konsum und zum Teil auch die Produktion von Lebensmitteln und Haushaltungsmitteln organisieren. Diese Aufgabe hatte Redakteur Rich. Gajberger-München übernommen, indem er in einem Referate: „Die Genossenschaftsfrage und die Arbeiterpartei“ in diese Materie einführte. Aus dem tiefsten Grunde der Genossenschaftsfindung, dem Streben des Menschen nach gesellschaftlicher Vereinigung, und aus der Praxis der genossenschaftlichen Betätigung bei den übrigen Ständen, leitete der Referent in interessanten Zusammenhängen die Berechtigung der genossenschaftlichen Betätigung der Arbeiterpartei ab. Wir haben hierauf in scharfen Konturen das Werden der

Die Jahreshellen Mannheim und Frankfurt erhalten die Genehmigung zur Erhöhung ihres Jahresbeitrages von 7 auf 10 Btg. mit der Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab.

Das Mitglied Polsterhaus Gendle, aufgenommen in Berlin. Angehörige Nummer 23 401 wird hiermit auf Grund des § 11 des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen. Dessen Verbandsausweise sind bei Vorzeigung einzuliefern und an die Zentralstelle einzusenden. Desgleichen erlauben wir um Besorgung seiner Adresse.

Das Mitgliedsbuch Nr. 12 155, lautend auf den Namen Johann Gerdes, geb. am 2. Oktober 1885 zu Lange i. Eldb., aufgen. am 29. August 1909 in Eldenburg ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Zentralvorstand. J. A. H. Schwarzmann.

*** Aus den Jahrestellen. ***

Nachen. In den letzten Wochen hatten wir zwei bedeutende soziale Wahlen zu tätigen, und zwar die Gewerbeerichtswahl für die Nummer 8 und die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse. Bei der Gewerbeerichtswahl entfielen auf die christliche Liste 1999 Stimmen, auf die sozialdemokratische 1306. Das Gewerbegericht wird in den nächsten Jahren wieder nur von christlichen Vertretern besetzt. Damit ist die Hoffnung der Sozialdemokraten, die christlichen Vertreter zu verdrängen, nicht erfüllt worden, obwohl es an Proporzbeziehungen dieser Art seitens der Genossen nicht fehlt hat. Schon im Jahre 1910 ließ Genosse Bohrdt bei der Gewerbeerichtswahl im Wahllokal des Jünglingshauses wohlgefällig seine Augen durch den schönen Saal schweifen und sprach die prophetischen Worte: „In diesem schönen Saal werden wir mal unseren Parteitag abhalten.“ Nun! Die Nachener Arbeiter denken noch lange nicht daran, den Proporzbeziehungen der Genossen zum Zuge zu verhelfen.

Die diesjährige Gewerbeerichtswahl zeigt einen Stimmendruck gegen die Wahl von 1910, wo auf die christliche Liste 2552, auf die sozialdem. 1715 und auf die kirchlich-Dauerliche Liste 436 Stimmen fielen. Letztere hatten diesmal keine Liste aufgestellt, es wurde aber beachtet, daß sich die kirchlich-Dauerlichen teilweise unter Aufsicht der Genossen an der Wahl beteiligten. Nicht man nun in Betracht, daß den Genossen auf diese Art einige Hundert Mann aus dem kirchlich-Dauerlichen Lager zufielen, so bedeutet der Stimmendruck für die Genossen eine glatte Niederlage. Aber auch bei der Krankenkassenwahl hat sich die Hoffnung der Genossen nicht erfüllt. Von 16 055 gültigen Stimmen wurden für die christliche Liste 11 651 und für die sozialdem. Liste 4020 und für die kirchlich-Dauerliche Liste 173 Stimmen abgegeben. Auf die christliche Liste entfielen somit 36 Vertreter, 72 Ersatzleute und 7 Vorstandmitglieder, auf die sozialdemokratische Liste 13 Vertreter, 26 Ersatzleute und 3 Vorstandmitglieder und auf die kirchlich-Dauerliche Liste 1 Vertreter und 2 Ersatzleute. Nicht bescheiden sind aber die Wahlergebnisse der Genossen geworden. In der „Menschlichen Zeitung“ schreiben sie, „das Resultat entspricht den Erwartungen“. Vor der Wahl hat man anders gesehen. Jetzt irren sie sich wohl kaum, daß „die genossenschaftliche Stimmengabe der sogenannten christlichen Liste auf noch um einige Tausend hätte höher sein können“. Das erinnert uns an die Fabel vom Fuchs, dem die Trauben zu fern waren. Für die kirchlich-nationale Arbeiterschaft Nachens finden sich noch ein neues Feld zur Betätigung. Mehr als 20 000 Weber haben von ihrem Wahlrecht zur Ortskrankenkasse keinen Gebrauch gemacht. Diese für unsere Sache zu gewinnen, muß nun unsere Parole sein.

Tanzig. Seit etwa drei Monaten haben wir hier unsere Agitation auf ein weiteres Gebiet ausgedehnt und zwar auf die Betriebe der Wäsche- und Plättamalgam. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß wir bei den Kolleginnen dieser Betriebe volles Verständnis für die Organisation finden. So gehören in einem Betriebe (Chemische Färberei und Waschanstalt) von 80 Beschäftigten bereits 50 anderen Verbänden an. Von einem anderen Betrieb (Wäsche- und Plättamalgam) ist ebenfalls schon ein guter Prozentsatz organisiert. Hilfsbereite Hände unter den Kolleginnen, die volles Vertrauen besitzen, haben sich in den Dienst der Organisation gestellt, sodass die Erfolge in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sichergestellt sind. Einen Herrn Voller mann vom sozialdemokratischen Arbeiterverband schenken dieses zu trauern, weshalb er eines Tages an die Kolleginnen eines Betriebes einen Schreibbrief teilte, in dem zu einer Versammlung eingeladen wurde. Die Kolleginnen hatten aber die Reservationen dieses Herrn durchdacht, und taten das einzig Richtige, indem sie Herrn Voller mann wegen der Verteilung des Belegblattes mit Verdächtigkeit trauten und ihn allein sitzen ließen. So mußte denn Herr Voller mann mit seinem Skrupel anderweitiger Sache von dannen ziehen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen hier sehr viel zu wünschen übrig. Ein ausgeklügeltes Abfordersystem ist dazu angetan, die Kräfte des Arbeitspersonals auf äußerste anzuknappen, damit nur der notwendige Verdienst erzielt wird. Wochenlöhne von 10 und 12 Mark sind keine Seltenheit. Zum Teil finden wir auch noch monatliche Lohnzahlung vor. Ein weiterer Mangel ist die Nichtbeachtung der hygienischen Vorschriften in Betrieben. So werden zu B. u. a. gewaschene Gegenstände in den Arbeitsräumen während der Arbeitszeit zum Trocknen aufgehängt. Das auch über die Wohnabteilung viel zu wünschen übrig läßt, ist nur nebenbei erwähnt. So finden wir hier eine ganze Anzahl Wohnhäuser, die zu befeuern wir uns zur Aufgabe gestellt haben. In einem späteren Artikel behalten wir uns die Wiedergabe der einzelnen Details in der Entlohnung vor. Den Kolleginnen und Kollegen rufen wir zu: halten sie in der Organisation aus, werden wir stets weitere Mitglieder, denn je besser der Zusammenhalt, desto besser und eher der Erfolg. Den fernstehenden Kolleginnen und Kollegen ist zu sagen, daß sie sich durch nichts von dem Verbands fernhalten lassen dürfen, denn nur wenn auch sie sich anschließen, können sie die Mängel, die durch die Interesslosigkeit des Verbands die ganze Jahre hindurch eingerissen sind, verbessert werden. Einigkeit macht stark.

Trier. Nach langer Zeit ist der Wunsch der Trierer Kollegen erfüllt worden, indem es uns möglich war, wieder einmal eine gut besuchte öffentliche Versammlung abzuhalten. In derselben sprach Kollege Günnewig-Köln über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, als dessen Hauptzweck er die Einflussnahme auf die Gestaltung

des Arbeitsvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezeichnet. Daraus sei nicht bloß der Arbeitsvertrag im engeren Sinne zu verstehen, sondern auch die Einwirkung auf die Lohnfrage, die in dem Abschluß der Tarifverträge zum Ausdruck komme, gehöre mit zu den Aufgaben der Gewerkschaften. Kollege ging dann auf die Entwicklung der Tarifverträge ein, die immer mehr an Bedeutung gewonnen und schließlich die Erfolge, die der christliche Schneiderverband auf diesem Gebiete zu verzeichnen habe. Wichtig sei der Abschluß eines Meistariftvertrages für das Schneidergewerbe, der 1916 in Kraft treten soll. Damit käme die tarifvertragliche Entwicklung für unseren Beruf wohl äußerlich zum Abschluß; auf die innere Gestaltung einzugehen, sei aber nur möglich durch eine lückenlose Organisation. Aufgabe jedes Einzelnen müsse es sein, für die Stärkung unserer Organisation einzutreten. In der Diskussion hob Kollege Barne hervor, was durch die Organisation in Trier erreicht worden ist. Leider seien so viele berechtigte Wünsche der Kollegen jedoch unberücksichtigt geblieben, weil der größte Teil der Trierer Kollegen den Beziehungen der Organisation fremd gegenübersteht. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, für den weiteren Ausbau des christlichen Schneiderverbandes Sorge zu tragen und nicht den Sozialdemokraten das Feld allein zu überlassen, wurde die Versammlung geschlossen. Ihr Ergebnis war eine Anzahl Neuaufnahmen für unsere Jahrestelle.

*** Rundschau. ***

Krankensicherungsspflicht eines Schneiderlehrlings. Ein von einem Schneidermeister im April 1909 angenommener Lehrling war im Februar 1911 aus der Lehre entlassen. Die zuständige Ortskrankenkasse nahm ihn als Pflichtmitglied unter Bezugnahme darauf in Anspruch, daß er von seinem Lehrherrn freie Wohnung und Verpflegung gewährt erhalten habe, ohne Entgelt dafür zu erbringen. Sie erwiderte in dem ihm gemachten Naturalbegehren für die von ihm geleisteten Arbeiten und wandle sich, als der Lehrmeister die nachträgliche Zahlung der Versicherungsbeiträge verweigerte, beschwerdend an die Aufsichtsbehörde. Diese entschied dahin, daß der Lehrherr nicht verpflichtet sei, Krankensicherungsbeiträge für den Lehrling zu zahlen, da eine Versicherungspflicht dergleichen nicht bestanden habe. Es stellte sich das Verhältnis so dar, daß der Lehrherr dem Lehrling vorläufige Kost und Wohnung neben der Ausbildung in der Arbeit gewährt habe, dafür aus dessen unentgeltlich zu leistender Arbeit im vierten Lehrjahre eine Entschädigung zu erlangen. Das könne um so mehr angenommen werden, als andererseits nicht ersichtlich wäre, warum der Lehrling für die im vierten Lehrjahre zu leistende Arbeit, die sich doch den Umständen nach der eines Gefellen gleichende, seine Entschädigung erhalten solle. Die Gewährung von Kost und Wohnung an den Lehrling sei daher nicht als Entlohnung für die Arbeit während der hier in Betracht kommenden Zeit, und es fehlten deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für die Annahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit. Die Klage der Kasse hat sowohl das Verwaltungsgericht als auch das Oberverwaltungsgericht bejaht. In seinem Urteil, das auch für manche unserer Mitglieder prinzipielle Bedeutung hat, führt das höchste sächsische Gericht im wesentlichen folgendes aus: Wissenschaft und Rechtsprechung ändern im allgemeinen auf dem Standpunkte der Lehrlinge dem Versicherungszwang nach jeglichem Rechte dann unterliegen, wenn sie freie Kost und Wohnung genießen und ein Entgelt hierfür nicht erbrachten und das verbindende Lehrgebot hinter dem Wert des freien Unterhalts zurückbleibe. Das Oberverwaltungsgericht nehme denselben Standpunkt ein. Wogegen für die Abweisung oder Verneinung der Versicherungspflicht sei vor allem die Willensrichtung des Arbeitgebers und insbesondere die Frage, ob es sich bei dem von ihm Gewährten um eine wertvolle Vergütung für die geleistete Arbeit oder um Anwendungen gehandelt habe, v. B. geschenktweise oder zur Aufmunterung; und zwar nicht in Entschädigungsabsicht gemacht worden seien, sollten bei auch verträglich sein. Dagegen komme es auf die Art und Höhe der Gegenleistung und insbesondere darauf, ob letztere der Arbeitsverrichtung entspreche, in der Regel, daß heißt so lange die Gegenleistung dieser Grundfrage gelange das erkennende Gericht zu folgendem Ergebnis: Da der Beklagte zur Familie des Lehrlings in keinerlei verwandtschaftlichen oder sonstigen näheren Beziehungen gestanden, und den Lehrling, wie er selbst angebe, nur mit Widerstreben angenommen habe, weil ihm der eben der Schule entlassene Knabe wenig empfohlen war, so sei im Zweifel davon auszugehen, daß er bei dem Abschluß des Lehrvertrages aus seinem eigenen Vorteil im Auge gehabt und, wenn er sich hierbei zu dem Versprechen der Gewährung freier Kost und Wohnung bereit gefunden, dies nicht in der Absicht getan habe, damit eine freiwillige Zuwendung zu machen, sondern daß dies nur zu dem Zwecke geschehen sei, um ein entsprechendes Entgelt für die vom Lehrling zu erwartenden Arbeitsleistungen zu gewinnen. Diese Leistungen wären natürlich in den ersten Monaten der Lehrzeit ohne wirtschaftlichen Wert und deshalb sei es glaublich, daß der Lehrmeister für die erste Zeit eine Vergütung nicht habe bieten wollen. Dem habe ja auch die Klagerin infolgedessen Rechnung getragen, als sie die Monatsbeiträge nur vom 1. Januar 1910 an fordere. Allein der Wert der Arbeitsleistungen sei unter regelmäßigen Verhältnissen von Tag zu Tag gewachsen, es lasse sich annehmen, daß die Leistungen bereits im Jahre 1910 und zu Anfang des Jahres 1911, also während des hier in Rede stehenden Zeitraumes von wirtschaftlicher Bedeutung, und einer Gegenleistung wert gewesen seien. Die Ansicht des Reichsgerichts, daß der von ihm gewährte freie Unterhalt gemessenmaßen nur das Entgelt über den im voraus bezahlten Lohn für die im vierten Lehrjahre zu leistende Arbeit gebildet habe, sei nicht begründet, wenn schon die Gewerbebeamter eine derartige Auslegung nicht für ungeschicklich erklärt habe. Es sei nicht einzusehen, warum das Entgelt nicht auch für die ersten drei Jahre gerechnet werden solle, zumal der Lehrling auch im vierten Jahre freie Kost und Wohnung beim Meister erhalten haben würde. Wenn die Behauptung des Meisters richtig wäre, hätte dies beim Vertragsabschluß in irgend einer Weise zum Ausdruck gebracht werden müssen, was nicht geschehen ist.

2. Generalversammlung des Deutschen (nationalen) Gärtnerverbandes. In Köln tagte vom 21.-23. September die 2. Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes. Am Abend des 20. September fand eine Begrüßungsfeier statt, in der Reichstagsabgeordneter Kollege Wehrns die Rede hielt. Im Namen des Gesamtverbandes begrüßte Kollege Stegerwald die Tagung. Am Montag begannen die geschäftlichen Verhandlungen, an denen vom Gesamtverband Generalsekretär Kollege Stegerwald teilnahm. Aus dem Geschäftsbericht sei erwähnt, daß die Ein-

nahmen während der Berichtszeit von 1910-1913 für die Hauptliste 35 300 Mk., die Ausgaben 31 300 Mk. betragen. Der Gesamtverdienst betrug 6100 Mk. Die Ausgaben bereiten sich auf Bildungsausgaben, Verbandsorgan, Unterstützung der Arbeitslosigkeit, Unmut, Krankheit und Streik, für Rechtschutz, Arbeitsnachweise und Verwaltung. Der Verband war vertreten, die Interessen seiner Mitglieder in wirtschaftlicher und gesetzgeberischer Hinsicht zu vertreten. In einer Anzahl Tarifverträgen ist der Verband beteiligt, die den Mitgliedern bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen brachten.

Am Laufe der weiteren Verhandlungen sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Wehrns über das Thema: Die Stellung der gärtnerischen Arbeitnehmer zur gärtnerischen Schutzlosigkeit. Diese Ausführungen wurden in einer Entscheidung niedergelegt, worin es heißt, daß beim Abschluß der jetzt geltenden Handelsverträge die Gärtnerei nicht oder nur sehr ungenügend berücksichtigt sei. Diese Tatsache wirle aber drückend auf die Leistungsfähigkeit der Gärtnerei und habe mit ein Dorn in der Krone der Lohnverhältnisse verschuldet. Die Generalversammlung sieht sich den Forderungen der gärtnerischen Arbeitgeber auf besseren Schutz gegenüber der Konkurrenz des Auslandes an, umfomehr, als es sich im wesentlichen um Erzeugnisse handelt, die entweder von den minderbemittelten Kreisen nicht gebraucht werden, oder die von der deutschen Gärtnerei in ausreichender Weise ohne dauernde Beeinträchtigung erzeugt werden können. In diesem Zusammenhang fordert er eine Steigerung der Lohnverhältnisse, um zu einer gesünderen Existenz der Arbeitnehmer zu kommen.

Köller-Berlin spricht dann über das gärtnerische Bildungswesen. Eine bessere Ausbildung der gärtnerischen Nachwuchs wurde in einer Resolution gefordert. Neben die Stellung der gärtnerischen Arbeitnehmer zum Tarifproblem brachte Kollege Wehrns über Lohnbewegungstaktik und die Arbeitsnachweisefrage. Agitation und Organisation behandelt in längeren sachgemäßen Ausführungen Köller.

Eine neue Verbandsreform wurde durchgeführt. Die Beiträge wurden um 5 und 10 Btg. pro Woche erhöht. Dieselben betragen jetzt 25-55 Btg. Grundbeitrag. Ebenso wurde die Unterstützungen bedeutend ausgebaut und die Herausgabe einer Jahrestage zum Verbandsorgan beschlossen. Für die Privatgärtner wurde die Gründung einer Reichssection beschlossen. Durch diese Reform hat der Verband die Grundlage geschaffen, die eine bessere innere und äußere Entwicklung in den nächsten Jahren verbürgt. An Stelle des zurückgetretenen Kollegen Gannier wurde Köller-Berlin zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Generalsekretär Stegerwald konnte an, daß durch die Beschlässe ganze Arbeit gemocht sei. Er fordert das Einsehen aller Kräfte, um die Gärtnerbewegung in den nächsten Jahren vorwärts zu bringen. — Die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes bleibt in Berlin, Straalauerstr. 53.

Zwei Köpfe. Der „Steinarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschland hat in seiner Nummer 33 vom 16. August ein eigenartiges Nummern fertig gebracht. Das Blatt erschien in zweierlei Ausgaben. Die eine zeigte auf der ersten Seite in diesem Trauerband die Trauer an, in welcher die deutsche und die internationale Sozialdemokratie durch den Tod Webers hinein verlegt worden ist, die ganze Seite einnehmend, einen Nachruf für Webel. Diese Ausgabe wurde in all den Gegenden verbreitet, wo der Steinarbeiterverband seinen Anstoß wohl erzeugt, wenn er den roten Kapfen schwenkt. Daneben lief eine andere Ausgabe, ohne Nachruf für Webel, eine ganz harmlose, die nur von Menschenwürde und von Sozialpolitik sprach, für die Dummen bestimmt, die nicht alle werden. Solch ein Stücklein kann man wohl als einzig in seiner Art bezeichnen. Webel wollte sich einmal anbeidung machen, ein Gewerkschaftsblatt in sozialistischem Sinne zu redigieren, ohne daß das Wort Sozialdemokratie fällt. Der „Steinarbeiter“ bringt das offenbar nicht fertig. Er macht es auf seine Weise: für die einen eine Ausgabe in Rot, für die anderen in Schwarz. Auch eine Methode!

*** Adressenänderung. ***

Barmen. Vorsitzender ist Kol. Wilh. Boland, Carnoperstraße 57.
Braunshweig. Vorsitzender ist Kol. A. Pathe, Göttingstr. 15 pt., per Adr. Ad. Schreud.

*** Arbeitsnachweis. ***

2 Großstädtschneider für dauernd werden gesucht, bezahle nur 1. Tarifklasse. Andr. Goller, Reuthaus a. d. Dardt.
Tätiger Rodschneider auf lohnende und dauernde Beschäftigung sucht J. Kuzdorf, Mülheim (Rein).
Nach Friedriehshafen wird ein tüchtiger Kleinküchmacher auf Einzel- oder Wochenlohn bei guter Bezahlung für sofort gesucht. Näheres bei G. Zwid, Friedriehshafen, Kohllottestraße 30 b.

Nach Langenberg (Rhd.) wird ein tüchtiger Holenschnneider auf dauernde Beschäftigung gesucht. Anfragen an die Firma Rodenfeller.

Inhalt: Bist Du mit dabei? — Stimmen zum Reichstagsbericht in Schneidergewerbe. — Ein Neugeburtstisch. — Die rote Wöde von Jena. — Landstranzenfassen. — Gedächtnis-Schanden. — Verbandsnachrichten. — Aus den Jahrestellen: Nachen, Tanzig, Trier. — Rundschau: Krankensicherungsspflicht eines Schneiderlehrlings. — 2. Generalversammlung des Deutschen (nationalen) Gärtnerverbandes. — Zwei Köpfe. — Adressenänderung. — Arbeitsnachweis. — Inserate. — Revue: Wiber vom sozialen Berientwurf.

Deutsche Bekleidungs-Akademie
zu Dresden.
Besitzum der Genossenschaft
„Europäische Moden-Akademie“
1850. Gegründet von den berühmten Fachmännern 1850.
Direktoren Müller und Klein.
Prämiert in Chicago 1893. :: Fernsprecher Nr. 2201.
Die Kurse für Zuschneidekunst sämtlicher Herren-, Damen-, u. Kinder-Bekleidung, aller Wäschegegenstände beginnen mit Ausnahme der Monate Mai u. Dezember am 1. u. 16. jeden Monats, dagegen die mit Buchführung u. Kontorwissenschaft verbundenen nur am 1. jeden Monats. Schnell- u. Teilkurse auf Wunsch zu jeder Zeit. Der Lehrplan umfaßt Kurse von 6 Tagen bis zu 3 Monaten.
Prospekte u. Lehrpläne kostenfrei. Pension im Akademiegebäude oder in bürgerlichen Familien. Stellenvermittlung für Schneider u. Direktrizen.
Adresse:
Direktorium der Europäischen Moden-Akademie.
Dresden N., Nordstrasse 20.

F. Zwicky Wallisellen bei Zürich
liefert bekanntlich das Beste in
Realen und Schappe
Näh-Knopflood- und Maschinen-Seiden.
Alle Aufmachungen.

G. Hofmeier's Zuschneide-Schule Bremen 50
Bismarckstr. 17. * Anfang der Unterrichts-Kurse am 1. und 16. jeden Monats. Die modernen Oberkleider, Lehrbuch u. Selbstunterricht. Inhalt: Röcke, Sacos, Paletots, Mäntel, Jaglan, Frack, Smoking, Westen, Hemel, Westen, Joppen, Weste, Anaband, Bluse und Leibchen, Kleid u. Mt. Der moderne Hofenschnitt. Lehrbuch zum Selbstunterricht. Inhalt: Halbweite Hute, enge Hute, weite Hute, Halbhaube, Stiefel, einmäßige Stiefel, Pump, Riding Breeches, Weste-Hose für Offiziere der Kavallerie, Marine, O. u. Z. beinhalten, Jagdhosen, Anabandhose, Preis 4 Mt. Beide Bücher sind dauerhaft u. elegant geb. Schnittmuster-Werkzeug für Herren- u. Damen-Garderoben. Prospekt gratis und franco.

Absatz- und Bezugsquellen
durch
Otto Kleine
Berlin S.W. 47.

Hermann Oesterreich
Berlin S.
Kottbuser Damm No. 24
Kautschuk-Stempel
für In- und Ausland
Muster gratis.

Schneider-Bügelöfen
verkauft als Spezial, schon von 26 Mt. an. Bügelöfen von 2 Mark an. Spar-Gasbügelöfen bis 10 Mt. Preisliste gratis.
Gebrüder Wettinger
Freiburg i. B.

150 Schnittmuster
kosten nur Mt. 2.00.
Für Knaben- und Mädchenkleidung, in jedem Alter, für jede Form u. Modart passend.
L. Müller, Schwerin,
Lübeckstr. 58.

Reitbefahleber
in Samisch u. Chrom-Gieleder (schwarz) und federgau empfindlich
Andreas Bauer
Weißgerbermeister,
Rosenheim i. Oberbayern.

Wer grau ist, sieht alt aus!
Bestes Haar- und Bartfärbemittel ist **Dr. Bittel's Haarfarbe**
1 Flac. à 1 Mt.
Winecht von:
Dr. Bittel & Co., Prag.
Überall zu haben.
Verband für Deutschland:
Lindenapothek Leipzig.
Zu haben in Berlin bei
Franz Schwarzlose,
Leipzigerstr. 56.

Grätillfähige Hosenarbeiter
auf Werkstelle und außer dem Hause für dauernde Beschäftigung gesucht. Reiseflohen werden nach kurzer Arbeitszeit vergütet.
G. Oberländer, Bonn.

Junger Schneidergehilfe
auf Großstädte für sofort gesucht, aber nur solcher, welcher auf dauernde Arbeit rechnet.
W. Köhler, Jährling,
Schanzstr. 8.

Man wolle sich stets auf unsere Zeitung beziehen!

Private
Moden-Akademie
der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen.
• **Erstklassige Zuschneide-Unterrichts-Anstalt.** •
Beste Ausbildung für
Schneidermeister, Zuschneider, und Direktrizen.
Bestes und sicherstes System der Gegenwart.
Haupt-Kurse beginnen am 1. und 16. eines jeden Monats.
Lehrer zahlreicher Innungen und Gewerkschaften-Kurse.
Verlag von Lehrbüchern und Fachzeitschrift.
Anerkannt erfolgreichster Stellennachweis.
Stets Nachfrage nach Zuschneidern und Direktrizen, welche auf unserer Schule ausgebildet sind. Mitglieder des Verbandes christl. Schneider erhalten Rabatt.
Prospekt gratis durch die Geschäftsstelle
Köln a. Rh. Neumarkt 27-29. Möbelhaus Neumarkt.

Private
Erste Rheinische Zuschneide-Akademie Fasshauer
Gegründet 1881 Inhaber **J. M. Wirtz** Gegründet 1881
Lehranstalt I. Ranges für wissenschaftl. Zuschneidekunst
für Damen- und Herrengarderobe, Uniform und Sportkleider. Gründliche Ausbildung nach eigenem System unter voller Garantie für absolut sicheren Schnitt. Verlag eigener Werke zum Selbstunterricht. Kostenloser Stellennachweis für Zuschneider und Direktrizen. Tages u. Abendkurse. Ausbildung zur Meisterprüfung.
Eintritt täglich. * Prospekte gratis.
Referenzen erster Firmen. Prämiert mit mehreren goldenen und silbernen Medaillen.

Mitglieder der christlichen Gewerkschaften erhalten 10%o. Nachweislich großer Erfolg beim Unterricht in Innungen, christl. Gewerkschaft und Gesellenvereine.

Mayfair Fashions Zuschneide-Akademie

Wer das Zuschneiden zu erlernen beabsichtigt und sich nicht den soeben erschienenen Prospektus der M. F. Z. A. senden läßt, dem fehlt es an Umsicht!
Deutsche Filiale Hannover, Langelzube 50.

Futterstoffe und Butaten
Liefert jedes Quantum franco gegen Nachnahme. Bei Etablierung günstige Bedingungen.
Bernhard Schlund,
Leipzig, Markt 10.

3 Großstädter
für dauernd auf Werkstelle gesucht. Eintritt baldmöglichst. Weitervermittlung nach kurzer Beschäftigung.
Emil Sirehan,
Duisburg-Loar Anfr. 26.

Jede Körperhaltung
sowohl bei Herren als auch bei Damen
mit einer bequemen Einfachheit und Sicherheit nicht nur auf das Genuesse festzustellen, sondern mit einer solchen Einfachheit und Sicherheit selbst bei der Ausführung anderer, gewöhnlich zu berücksichtigender. — Verlangen Sie in ihrem eigenen Interesse über das neue **Zuschneideschule J. Kumpan** System, Unterrichts-Kurse, Lehrbücher und Büchlein die Zuschneidekunst ausführlicher Prospekt durch die
Zuschneideschule J. Kumpan
Berlin SW 48, Friedrichstr. 15
welche als Fachlehrer für christliche Ausbildung im Zuschneiden der gesamten Herren- und Damengarderobe allgemein bekannt ist.
Spezialität: **Vorzüglich sitzende Schnittmuster**, selbst für schwierigste Körperformen und alle Zwecke der modernen Herren- u. Damenschneiderei.

Bügelöfen
massive
Bügeleisen Kohlen-Bügeleisen
fabriziert
Alfons Fischer
Feuerbach (Wttbg.)
Prospekte gratis.

Die gemeinnützige Volksversicherung.

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 Mt. ab. 14 tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 Bfg. bis 5.00 Mt. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Vier Tarife: a) Sterbegeldversicherung mit abgesetzter Prämienzahlungsdauer. b) Versicherung auf Todes- und Erbensfall. c) Fälligkeit der vereinbarten Versicherungsdauer. d) Versorgungsversicherung. Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet mit dem Tode des Versicherten. Spätere mit der Fälligkeit der Versicherungssumme. b) Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Teilweise Auszahlung der Versicherungssumme bei Fälligkeit derselben bei Kommunion, Konfirmation, Schulentlassung usw. Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. 2 monatliche Zahlungsfrist. Günstiges Engagement bei Behinderung der Beitragsleistung. Unverfallbarkeit. Wiederaufnahme der Beitragsleistung event. auch ohne Nachzahlung. Einfluß der Kriegsgeldzahl (nach fünf Jahren ganz, vorher zu bestimmen, steigendem Prozentsatz). — Die gemeinnützige V. V. A. G. steht unter ständiger Kontrolle eines Reichskommissars. Mindestens 80 Prozent des Gewinnes fließen den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf satzungsgemäß 4 Prozent nicht übersteigen. — Auskünfte erteilen bereitwillig die Vertrauensleute des Verbandes. Von denselben erbitten man auch die Prospekte und Aufklärungsschriften.

Großstädter
auf Werkstätt. I. Tarif.
Georg De, Gotha.

Sichere Existenz!
Suche für sofort od. später solbden verheirateten
Damenschneider.
Jahresstellung.
J. Berti, Bad Kreuznach
Tuch- und Nagelgeschäft.

Lehrer
Uniform-Korarbeiter
sowie ein
Schneider für Befähigere
und Reparaturen bei dauernder Beschäftigung und guten Arbeitslöhnen sofort gesucht.
G. Altmann,
Mülheim-Ruhr, Ede Kaiser- u. Oberstraße.

In angenehme, dauernde Stellung sofort gesucht einen
Uniformarbeiter.
Ungelohnte können sich einwand.
Carl Gellmer, Berden (Aber).

Zuschneide-Schule von A. Jürgens
Schneiderstr., Berlin, Friedrichstr. 216. Filiale Riga (Rußland)
Kurse im Zuschneiden in Zivil-, Uniformen-, Damen-Garderobe beginnen jeden 1. u. 16. i. Mt. Leichtes und praktisches System. Höchste Auszeichnungen. Fachlehrer an mehrer. Handwerkskammern. Gedeigene Ausbildung. Große Zuschneider Nachfrage. Schnittmuster-Verlag. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Verlangen sie Prospekt.

Berliner Schneider-Akademie
von
RUDOLF MAURER
inh. ALFRED MAURER
Berlin W 8, Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße
Zuschneide-Lehranstalt I. Ranges
für Herren-, Damen- und Wäscheschneider
Verlag von Lehrbüchern zum Selbstunterricht für Damen- und Herrenschnneider, Modejournale und Fachschriften
Internationaler Stellennachweis Prospekte gratis
Schnittmusterversand